

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Liebe Leserinnen und Leser,**

oft wird der BBU „nur“ als „Anti-Atomkraft-Verband“ angesehen. Das ist er natürlich auch, doch der BBU ist thematisch weitaus breiter aufgestellt, man denke z. B. nur an die Arbeitsbereiche Wasser, Verkehr oder Müll. Die breite thematische Verwurzelung des BBU wurde auch bei der Mitgliederversammlung des BBU am 6.4. in Hannover deutlich, und sie zeigt sich auch in der Herkunft des neuen BBU-Vorstandes (s. Beitrag in diesem Newsletter). Und die Bandbreite versuchen wir auch jeweils im BBU-Newsletter darzustellen – auf nur 6 Seiten ein immer etwas schwieriges Unterfangen. Weil der Newsletter auch noch immer an BBU-Mitglieder ohne Internetzugang postalisch verschickt wird, soll er die 20-Gramm-Grenze nicht überschreiten (= 6 Seiten). Große Bitte: Teilt der BBU-Geschäftsstelle umgehend neue E-Mail-Adressen mit, gerne auch mehrere pro Initiative.

Das Leseverhalten unserer LeserInnenschaft ist uns „etwas unbekannt“. Lest Ihr den Newsletter online? Druckt Ihr ihn aus? Sollte er umfangreicher sein? Wie gefällt der Themen-Mix? Wir freuen uns über Rückmeldungen. Und: Egal ob Ihr Euch den Newsletter ausdruckt oder online lest – bitte verbreitet ihn per E-Mail an die Mitglieder eurer Initiative, an FreundInnen und Bekannte.

Viel Freude an und in der erwachenden Natur, sowie Erfolge bei ihrem Schutz, wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion.

**Neuer BBU-Vorstand**

(U.B.) Bei der BBU-MV am 6.4. wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Leider gelang es der einzigen Frau, die für den Erweiterten Vorstand kandidierte, nicht, in den Vorstand zu kommen. Sie erhielt über 50% der Stimmen der wahlberechtigten Delegierten, die männlichen Mitbewerber erhielten aber höhere Stimmzahlen. Somit besteht der BBU-Vorstand wieder nur aus Männern.

Den Geschäftsführenden Vorstand bilden für die nächsten zwei Jahre Harald Gülzow (Kassierer), Oliver Kalusch und Wolfgang Guhle. Harald Gülzow (Geldern) ist Vorstandsmitglied des VSR-Gewässerschutz, Oliver Kalusch (Witten) ist Aktivist der Wittener BI gegen Klärschlammverbrennung und Wolfgang Guhle (Hamburg) gehört der BI Umweltschutz Uhlenhorst an. Dem Erweiterten Vorstand gehören acht Personen an: Manfred Beckmann (Jesteburg) kümmert sich um die Bereiche Betrieblicher Umweltschutz und Verkehrspolitik. Udo Buchholz (Gronau) gehört dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der Widerstand gegen die UAA im westfälischen Gronau leistet, an. Alfred van Dalen befasst sich als Mitglied der Coordination gegen-BAYER-Gefahren mit dem Chemie-Multi. Horst Eckert aus dem Wendland (BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg) ist Fachmann für Atommüll und Atomtransporte. Karl-Jürgen Prull (Dörverden) ist Sprecher der BBU-AG "Innenraumschadstoffe und Gesundheit". Peter Schott (Berlin) engagiert sich bei mobilocal 21 und wurde erneut als BBU-Schriftführer gewählt. Wilfried Soddemann (Everswinkel) gehört der Deutschen Umwelt- und Gesundheitsinitiative (dugi e.V.) an und befasst sich schwerpunktmäßig mit Umwelt und Gesundheit. Der bayerische Verfassungsrichter und ehemalige MdB Helmut Wilhelm (Amberg) engagiert sich beim Forum Regensburg und ist im BBU-Vorstand zuständig für Städtebau und Umweltrecht.

Aus dem Vorstand und Geschäftsstelle

Inhalte der BBU-MV

Bei der MV des BBU berichtete Achim Stelting von den Aktivitäten der ITG. (<http://www.kränk-durch-toner.de>). Harald Gülzow erläuterte die BBU-Klimaschutzkampagne und stellte den BBU-Mitgliedern das Tritium-Projekt vor. Ein weiterer Schwerpunkt der BBU-Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Arbeit von BBU-Mitgliedern in Partizipations- und Regelungsgremien, z. B. in Normungsausschüssen und staatlichen Kommissionen. Zu diesen Themen referierten Wolfgang Guhle und Oliver Kalusch. Guhle warnte vor einer Entdemokratisierung, die durch immer stärkere Übertragung parlamentarischer Rechtsnormen- und Standardsetzungen an privatwirtschaftliche Regelungsgremien erfolge. Kalusch forderte von den Behörden konkretere und öffentlich zugängliche Angaben über Art und Verursacher von Störfällen. Den Abschluss bildete Alfred van Dalen; er informierte über die Arbeit der Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Da die BBU-Mitgliederversammlung am Sitz der E.ON Kernkraft GmbH durchgeführt wurde, befasste sich die Mitgliederversammlung des BBU auch mit den Gefahren der Atomenergie. Verabschiedet wurde ein Offener Brief an die Bundesregierung, in dem die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen gefordert wird. Weiterhin wurde ein Offener Brief an die E.ON Kernkraft GmbH verabschiedet, in dem E.ON zum sofortigen Ausstieg aus dem Atomgeschäft aufgefordert wird. Dieser Brief wurde nach der BBU-Mitgliederversammlung von einigen BBU-Mitgliedern einem E.ON-Mitarbeiter vor der Zentrale der E.ON Kernkraft GmbH überreicht. Vorab hatte die BBU-Mitgliederversammlung noch beschlossen, dass der BBU die Mitgliedschaft im Bündnis „Bahn für Alle“ beantragt. (Gekürzter Text aus der Pressemitteilung zur MV, vgl. <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202008/08.04.htm>).



Delegation der BBU-MV vor der E.ON-Kernkraft GmbH

Neues aus dem Tritium-Projekt

(H.G.) Nachdem die Messungen begonnen haben, beschäftigen wir uns jetzt damit die Beschreibung unserer Arbeit zu verbessern. Auf der Homepage vom BBU wurde ein Bereich für die Darstellung unserer Arbeit reserviert, der in den nächsten Wochen weiter gefüllt werden soll. Außerdem wurde ein erster Flyer erstellt. Er kann von unserer Homepage heruntergeladen werden.

<http://www.bbu-online.de/Kampagnen/Tritium.htm>

Schon im Normalbetrieb ist das Abwasser der Atomkraftwerke mit großen Mengen Tritium belastet. 2004 lagen die Tritiumabgaben im Abwasser durch Druckwasserreaktoren bei 193.000 Milliarden Bq (Bequerel) und für Siedewasserreaktoren bei 11.000 Milliarden Bq. Allein das AKW „Isar 2“ darf 48000 Milliarden Bq ableiten. Die Atomindustrie ist nicht in der Lage diesen radioaktiven Stoff aus dem Abwasser zu entfernen.



Energie

Bundesweiter Aktionstag gegen Atomanlagen

(U.B.) Am 6.4. haben Anti-Atomkraft-Initiativen vor verschiedenen Atomkraftwerken für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen demonstriert. Bei einer der größten Aktionen beteiligten sich am Standort des AKW Gundremmingen 200 besorgte BürgerInnen. Mit dem Pflanzen von Vergissmeinnicht-Setzlingen wurde dabei an die Opfer der Atomenergie erinnert. Vor der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau versammelten sich deutsche und niederländische Atomkraftgegner/innen zum monatlichen Sonntagsspaziergang. Auch der BBU griff bei seiner MV in Hannover das Thema des Aktionstages auf (s. Artikel über die BBU-MV in diesem Newsletter).

Mit ihren dezentralen Aktionen reagierten die Bürgerinitiativen an den Standorten von Atomanlagen gemeinsam auf die Tatsache, dass das Risiko für Kinder unter 5 Jahren an Leukämie zu erkranken zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Atomkraftwerk liegt. Dies ergab eine Untersuchung des Deutschen Kinderkrebsregisters in Mainz, die im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) durchgeführt wurde. (Quelle:

http://www.bfs.de/de/bfs/druck/Ufoplan/4334_KIKK.html).

Der BBU bezeichnet die Aktionen als guten Auftakt für weitere Protestveranstaltungen. Am 26. April jährt sich zum 22. Mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Aus diesem Anlass werden bundesweit Gedenkveranstaltungen und Protestaktionen gegen die Nutzung der Atomenergie vorbereitet. Der BBU ruft zur Teilnahme an den Veranstaltungen und Protesten auf. Gleichzeitig ruft der BBU zum Stromwechsel auf, hin zu einem Stromanbieter ohne Atomstromverflechtung. Informationen hierzu gibt es unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>. Fotos und Berichte von Aktionen am 6.4. gibt es unter <http://www.contratom.de/atom> (unter „Specials“).

Bundesweite Anti-Atomkraft-Frühjahrskonferenz

(U.B.) Nach dem traditionellen Maifest der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ (BBU-Mitglied) am 1. Mai auf der BI-Wiese am Ahauser Castor-Atommüll-Lager findet vom 2. – 4. Mai in Ahaus die Frühjahrskonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung statt. Das breite Programm bietet Vorträge, Arbeitsgruppen, Kultur und Protestaktionen. Nähere Informationen gibt es im Internet unter <http://www.bi-ahaus.de>. Telefonische Auskünfte erteilt auch BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz (02562-23125). Um ausreichend Schlafplätze bereithalten zu können, wird um frühzeitige Anmeldung bei der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ gebeten. Die Teilnahme vieler BBU-Mitglieder wäre wünschenswert.

Jahrestagung Kerntechnik in Hamburg

„Ende Mai versammelt sich das DEUTSCHE ATOMFORUM zu seiner JAHRESTAGUNG KERntechnik in Hamburg. Mehr als 1.000 VertreterInnen aus (Atom) Wirtschaft und Politik werden im CCH die atomaren Risiken verharmlosen und die Atomenergie als weltweiten Klimaretter feil bieten. Ein Bündnis aus Anti-Atom-Gruppen aus ganz Norddeutschland mobilisiert zu Protestveranstaltungen. (...)

Atomforum rocken - Montag 26.5. ab 19 Uhr Kundgebung & Konzert „Störfall“ im Schanzenpark, mit RANTANPLAN und KLAUS der Geiger, Infostände, Schlafplatzbörse für Auswärtige, Volxküche
Dienstag 27.5. : ab 8.30 Uhr Auftaktkundgebung vor dem CCH - den ganzen Tag über diverse Beiträge mit dem Mobilien Musikkampfwagen aus dem Wendland.

Darüber hinaus gibt es im Vorfeld zahlreiche Veranstaltungen, die auf www.contratom.de/atomforum veröffentlicht werden.“ (aus: <http://www.contratom.de/atomforum>).

Wasser

PFT – Ein Negativ-Lehrstück in Umweltkommunikation

Die Belastung der Ruhr mit „Perfluorierten Tensiden“ hat vor allem in der nordrhein-westfälischen Politik und Presse zu einer hochpolitisch aufgeladenen Debatte geführt – die völlig aus dem Ruder gelaufen ist! Die Konsequenzen, die in Politik und Presse aus der Belastung gezogen werden, zäumen das Pferd von hinten auf: Ausgerechnet die Letzten in der Kette zwischen industrieller PFT-Nutzung, Abwasserreinigung und Trinkwassergewinnung – also die Wasserwerke entlang der Ruhr - wurden für die PFT-Belastung der TrinkwasserkonsumentInnen verantwortlich gemacht. Die Wasserwerke sollten dauerhaft mit einer Aufrüstung ihrer Aufbereitungsanlagen die Gefahr bannen, so die lauthals vorgebrachte Forderung. (...) Sonderbarerweise fordert kaum jemand der politischen Akteure in NRW die konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips. Neben einer effizienten Sanierung der kontaminierten Ackerflächen kann vernünftigerweise nur die radikale Einschränkung der PFT-Nutzung im industriell-gewerblichen Bereich die PFT-Frachten in der Ruhr wirkungsvoll begrenzen. (...)

Die Politiker, die in NRW mit dem Brustton der moralischen Empörung die Wasserwerke wegen ihrer ungenügenden Aufbereitungstechnologie geißeln, ignorieren folgendes: Je höher der Aufbereitungsaufwand getrieben wird, desto weiter wird sich Trinkwasser von einem Naturprodukt entfernen – hin zu einem Sterilwasser, dem beispielsweise nach einer Nanofiltration Mineralien wieder künstlich zugesetzt werden müssten. Während dies aber eher noch als „Geschmacksfrage“ einzustufen wäre, hat die Aufrüstung von Wasserwerken zu Wasserfabriken auch politisch fatale Faktoren. Je hochgezüchteter die Aufbereitungstechnik im Wasserwerk, desto mehr kann die Politik mit vergleichsweise hohen Schadstoffkonzentrationen und –frachten in den Flüssen leben: Das Wasserwerk als Wasserfabrik wird es ja schon richten. (...)

Gekürzt aus BBU-Wasser-Rundbrief Nr. 882 vom 31.1. 2008

BBU fordert zum Weltwassertag auch für Menschen, die in Uranabbaugebieten leben, sauberes Trinkwasser

(H.G.) Zum diesjährigen Weltwassertag am 22. 3. 2008 forderte der BBU, dass die Versorgung mit sauberem Trinkwasser Vorrang vor dem Uranabbau, der zur internationalen Wasserverschmutzung beiträgt, haben muss. Die Lebensgrundlage – das saubere Wasser - der Aborigines in Australien, der Dene und Cree in Kanada und der Tuareg in Afrika wird durch den Abbau des radioaktiven Schwermetalls Uran verschmutzt. Aber alle Menschen dieser Erde haben einen Anspruch auf sauberes Trinkwasser.

Deshalb fordert der BBU die weltweite Einstellung des wasserverschmutzenden Uranabbaus. Es kann nicht sein, dass die Menschen in den Abbauregionen ihre Gesundheit opfern müssen, damit unsere Atomkraftwerke weiter Strom produzieren. Deutschland verfügt immer noch über Uranreserven, die aber nicht mehr gefördert werden. Unser Uranbergbau in Sachsen und Thüringen durch die Firma Wismut wurde bereits 1990 eingestellt, um die hiesige Bevölkerung zu schützen. Die Uranbergbaugesellschaft Wismut, die über 40 Jahre intensiv Uran gefördert hat, war einer der größten Uranbergbaubetriebe der Welt. Heute müssen Milliardenbeträge investiert werden, um die Umweltschäden des Uranbergbaus zu beseitigen, unter anderem über 300 Millionen m³ Abraumhalden, 160 Millionen m³ giftiger und radioaktiver Schlammseen und kontaminierte Aufbereitungsanlagen. Dadurch, dass etwa 15 bis 20 % dieser Sanierungskosten für die Behandlung des anfallenden, mit Uran und anderen Schwermetallen verschmutzten Wassers, eingesetzt wird, kann bei uns eine weitere Vergiftung des Trinkwassers verhindert werden. Finanzmittel, die ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland für den Schutz der Lebensgrundlage seiner Bevölkerung noch aufbringen kann, werden weder von den Firmen noch von den Ländern in den aktuellen großen Uranabbaugebieten zur Verfügung gestellt.

[Siehe hierzu auch unsere Pressemitteilung](#)

Veranstaltungen /Aktionen

Bürgerinitiativen schließen sich am Niederrhein zusammen

(H.G.) Am 4. März brachte die Rheinische Post einen Artikel mit der Überschrift „Niederrheiner fürchten Kiesbagger“. Das öffentliche Interesse am Thema ist enorm. Vielerorts wurden Bürgerinitiativen gegründet, die sich gegen den weiteren Raubbau in Ihrer Gemeinde richten. Doch immer weitere Flächen sollen für den Kiesabbau reserviert werden. Die Menschen vor Ort setzen sich massiv und mit hohem Engagement zur Wehr. Ihre Argumente gleichen sich; es geht um den Protest gegen die Zerstörung von Landschaft, Strukturen und Kulturgüter, Gefährdung des Grundwassers, wachsenden LKW-Verkehr mit Gefährdung von Kindern und Lärmbelastungen und Wertminderung von Immobilien.

Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen, NABU und VSR-Gewässerschutz versuchen Bürgerinitiativen am Niederrhein eine gemeinsame Struktur zu finden. Gemeinsames Ziel ist es den weiteren Abbau von Kies und Sand am Niederrhein einzuschränken. Immer neue Gebiete sollen zu Seen umgewandelt werden, um den für die Bauindustrie in NRW und in den Niederlanden scheinbar so wichtigen Kies zur Verfügung zu stellen. Es ging schon das Gerücht, eine neue Seenkette solle am Niederrhein entstehen, in denen der segelnde oder motorisierte Wassersportler wie in den Niederlanden unterwegs sein kann.

Erste Treffen fanden statt. Eine engere Zusammenarbeit soll beginnen. Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker“ will man sich vernetzen und einen gemeinsamen Forderungskatalog an die Regierung von NRW aufstellen. Für weitere Info zu den Problemen des Kiesabbaus: <http://www.rp-online.de/public/article/regional/niederrheinnord/wesel/nachrichten/552416>

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nrz/niederrhein/2008/3/30/news-34033296/detail.html>

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/presse/PE%20zu%20Auskiesung%20am%20Niederrhein.pdf>

A-33-Erörterung im August

(...) Für den Abschnitt 7.1 fand bereits im Mai 2003 ein Erörterungstermin statt. Anfang 2004 erfolgte dann auf der Grundlage der »Gemeinsamen Erklärung Konsenstrasse« eine Umplanung der Trasse. Im November vergangenen Jahres stellte der Landesbetrieb Straßenbau NRW den Antrag auf erneute Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt 7.1. Die Auslegung der Planunterlagen erfolgte in der Zeit vom 19. November bis zum 18. Dezember 2007.

Insgesamt wurden 3 000 Einwendungen gegen die Straßenbaumaßnahme erhoben. Dabei handelt es sich um 600 Einzeleinwendungen, in denen individuelle Belange geltend gemacht wurden. Darüber hinaus hat der Bürgerverein Pro A 33 Südtrasse eine Unterschriftenliste mit 2 400 Sammeleinwendungen mit der Forderung für einen sofortigen Lückenschluss auf der Südtrasse eingereicht.

Bei dem 112,6 Millionen Euro teuren Abschnitt zwischen Halle und Borgholzhausen handelt es sich um den letzten Abschnitt für den Lückenschluss der A 33. Mit dem Bau des A-33-Abschnittes 5 B in Bielefeld wurde bereits im Sommer 2007 begonnen, nachdem die Bezirksregierung alle Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz beim Oberverwaltungsgericht in Münster gewonnen hatte. Den Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt 6, zwischen Bielefeld und Steinhagen, hat die Bezirksregierung Detmold im Juni letzten Jahres erlassen. Die 620 Seiten umfassende Entscheidung wird derzeit von elf Klägern beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig angefochten. (...)“ Aus:

<http://www.haller-kreisblatt.de/hk-templates/nachrichtendetails/datum/2008/04/03/a-33-eroerterung-im-event-center>; vgl. <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202005/27.07.05.htm>

Veranstaltungen / Aktionen

Kartoffelversuch der BASF verhindert

60 Menschen beteiligten sich am 13.04. an einer Fahrraddemonstration von Bahnhof Falkenberg (Elster) zu einem geplanten Genversuchssacker der BASF. Der weltweit größte Chemiekonzern plante dort einen Versuch mit genmanipulierten Kartoffeln. Auf dem Feld pflanzten die DemonstrantInnen zahlreiche gentechnikfreie Kartoffeln ein, so dass der Versuch nicht mehr mit vertretbarem Aufwand wissenschaftlich auswertbar ist. Ein anwesender Vertreter der BASF deutete bereits an, dass die BASF so zur Aufgabe des Versuches gezwungen ist. Aufgerufen hatte zu der Aktion das BARNIMER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK. Die Polizei beobachtete das Geschehen hielt sich aber ansonsten zurück. Die Ortsgruppe LA VIA CAMPESINA Falkenberg hatte bereits einige Tage vorher 40 kg Saatkartoffeln in das Feld eingebracht. Sie lädt alle Menschen ein, dieses Feld als ein öffentliches zu betrachten. Jede Interessierte soll dort Kartoffeln pflanzen und im Herbst ernten können; selbstverständlich nur gentechnikfreie Kartoffeln. (...) Von insgesamt vier angemeldeten Versuchsflächen bleiben nun nur noch die Felder in Thulendorf (Mecklenburg.Vorpommern) und Ausleben (Sachsen-Anhalt) übrig. In Müncheberg (Brandenburg) zog die BASF nach starken Protesten der örtlichen Bevölkerung ihren Antrag zurück. Inzwischen hat auch die Stadtverordnetenversammlung von Falkenberg (Elster) reagiert: Auf landwirtschaftlichen Flächen die die Stadt verpachtet ist der Anbau von Genpflanzen verboten.

Quelle:

<http://de.indymedia.org/2008/04/213360.shtml>.

Weitere Infos zum Protest gegen Gen-Äcker:

<http://de.indymedia.org/2008/04/213106.shtml>. +

<http://www.planet-diversity.org/de/home.html>.

COP 9

Infos zu den „TOP-Kürzeln 2008“, COP9 und CBD, gibt es u. a. auf folgenden Internetseiten:

<http://www.biopiraterie.de/index.php?id=348> +

<http://www.planet-diversity.org/de/home.html>.

BUKO 31 in Dortmund

(U.B.) Vom 9. – 12. Mai findet in Dortmund der 31. Kongress incl. Mitgliederversammlung der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) statt. „Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) beschreibt sich selbst als unabhängiger Dachverband, dem über 150 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Sie versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei BUKO-Mitglieder, -Kampagnen und -Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer Mobilisierung und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Die BUKO sucht den offenen Dialog mit anderen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen.“ (Quelle und weitere Informationen: <http://www.buko.info>). BBU und BUKO sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.

Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;

Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden

Vorstand

Layout: Susanne Bareiß-Gülzow

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 10. Mai.08

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.